

Der Weg zum Frieden

Ein Dossier der Katholischen Aktion
kaoe.at

Eine an Jesus orientierte Spiritualität des Friedens bedeutet eine immerwährende Herausforderung: Vorleistungen für den Frieden zu erbringen, Respekt auch gegenüber Feinden zu haben, das eigene Mitwirken zu hinterfragen. Vor allem aber den Glauben zu nähren, dass das Gute immer möglich ist! Der Vorrang gewaltfreier Lösungen mag angesichts eines Krieges in Europa geradezu töricht scheinen, ist aber als Ziel umso wichtiger. Wollen wir selbstkritisch an einer gewaltfreieren Welt mitbauen, so kommen wir nicht umhin, Privilegien abzubauen und statt der Sicherheit der Reichen vor den Armen auch das Sicherheitsbedürfnis der Armen anzuerkennen. Nur wenn wir verstehen, dass alle Menschen eine Schicksalsgemeinschaft sind, können wir den Weg zum Frieden beschreiten.

Die Katholische Aktion Österreich (#kaoe) ist die offizielle und größte Laienorganisation der Katholischen Kirche in Österreich und umfasst die Katholische Jungschar, Katholische Jugend, Katholische Hochschuljugend, Katholische Frauenbewegung, Katholische Männerbewegung, Katholische Arbeitnehmer:innenbewegung, Katholischer Akademiker:innenverband - und das in allen Diözesen. Dazu das Forum Beziehung, Ehe, Familie und das Forum Kunst, Wissenschaft, Medien.

Katholische Aktion
Österreich



KA

1. Sehen

Spiritualität des Friedens und der Gewaltlosigkeit

Vom christlichen Glauben her sind alle Menschen aufgerufen, unermüdlich nach dem Frieden zu suchen, Vorleistungen für den Frieden zu erbringen, Feindschaft und Hass zu überwinden, selbstkritisch nach eigener Mitschuld für Unrecht zu forschen, Vorurteile und Egoismen zu überwinden. „*Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg*“ (Jes 2,4). Nicht nur im Glauben an die Ewigkeit siegt das Gute und der Friede, sondern wir sollen – dem Beispiel Jesu folgend – in unserer jetzigen Welt die Vision aufrecht halten und zu ihr beitragen.

Zeugen der Gewaltlosigkeit. Gedenkkultur und Mitverantwortung

Zu einer Spiritualität des Friedens gehört nach maßgeblichen Quellen der christlichen Überlieferung, nach den Propheten Israels und den Worten Jesu Christi, aber auch nach dem persönlichen Zeugnis glaubhafter Personen wie in den letzten 100 Jahren Dietrich Bonhoeffer, Franz Jägerstätter, Hildegard Goss-Mayr etc. Respekt gegenüber anderen, auch gegenüber Feind*innen bzw. Konfliktpartner*innen, und eine aufrichtige Gedenkkultur, die nicht den eigenen Mythos der Schuldlosigkeit beschwört, sondern selbstkritisch nach unserer eigenen Mitverantwortung

fragt. Wer aus einer Friedensspiritualität lebt und handelt, möchte Feindschaft und Hass nicht nur durch eine Korrektur der anderen, sondern auch der eigenen Person, Gruppe, Nation etc. überwinden.

Kraft aus der Friedensliebe

Auch wenn wir in einer Welt voller Widersprüche und Gewalt leben, ermutigt eine Spiritualität des Friedens dazu, das Gute in der Schöpfung, im Mitmenschen, in uns selbst zu sehen, und – auch wenn es manchmal nicht so aussieht – den Glauben daran zu nähren, dass das Gute immer möglich ist und oft unerwartet eintritt. Die Welt, das Gute ist immer auch Geschenk. Wer die Geschichte mit diesen Augen betrachtet, wird nicht nur Kriege und Schreckenstaten sehen, sondern auch Friedensschlüsse, echte menschliche Fortschritte, wirkliche Liebe, gute Taten und rettende Solidarität.

Sozialwort der christlichen Kirchen

Das Ökumenische Sozialwort der christlichen Kirchen in Österreich (SW) schreibt 2003: *„Der Vorrang gewaltfreier Wege und das Ausloten aller Möglichkeiten präventiven Handelns zielen darauf ab, Konflikte möglichst bereits im Ansatz zu lösen. So können in manchen Fällen politische oder rechtliche Maßnahmen eskalierende Konflikte eindämmen“* (SW 248). Wir wollen daher zum gewaltfreien Handeln ermutigen: präventiv, zuvorkommend und mit eigener Friedensbereitschaft sollen wir auf unsere Mitmenschen, gerade auch auf Feinde zugehen; *„... wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann*

halt ihm auch die andere hin“ (Mt 5,39). Dieser Satz der Bergpredigt ist ernst gemeint und nicht nur als vage Andeutung. Wir sollen – aber wir können es oft nicht – tatsächlich so handeln. Wenn wir scheitern, ist das mit eigener Unvollkommenheit verbunden, und wir sollen dann selbstkritisch nach den Ursachen forschen und nicht nur anderen Schuld zuschieben.

Friedenswille und Gewalt in und durch Religionen

Alle Religionen kennen diesen friedensstiftenden Impuls, und auch die großen Weltanschauungen sprechen von Völkerverbundenheit, Freiheit und gleicher Würde aller Menschen. Dennoch ist im Namen der Religionen und Weltanschauungen im Lauf der Geschichte unermessliches Leid zugefügt, brutal Krieg geführt und rohe Gewalt verübt worden; das lehren uns z.B. Kreuzzüge, moderne Diktaturen, Antisemitismus, Frauenverachtung oder die heutigen religiösen und ideologischen Fanatismen, sowie Großmachtgehebe und Krieg. Das 21. Jahrhundert verlangt uns Dialogbereitschaft, Friedenswillen, Gerechtigkeitsinn und die Bewahrung der Schöpfung ab! Wenn wir die Lehren aus der Geschichte ziehen, müssen wir eine auf Raubbau ausgerichtete Wirtschaftsweise, die Hunger, Elend und Naturzerstörung betreibt, überwinden. In einer wirtschaftlich, technisch, kulturell globalisierten Welt sind wir Menschen – alle – längst zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden!

Sicherheit, Verteidigung, Waffen, Aufrüstung – und Alternativen

Wir westlichen Gesellschaften gestehen uns nur ungern ein, dass ein guter Teil unseres Wohlstandes durch billige Ausbeutung von Rohstoffen in anderen Ländern und durch zu viel Verbrauch (z.B. Wegwerfprodukte, Auto, Flugzeug, hochwertige Industrieerzeugnisse) mit fünffach überhöhtem ökologischen Fußabdruck entstanden ist. Unser Sicherheitsbedürfnis ist leider auch die Angst des Reichen vor dem Armen. *„Das Bedürfnis nach Sicherheit und die Sehnsucht nach Frieden sind konfrontiert mit den Spannungen zwischen Sicherheit und Freiheit, Wohlstand und Risiko, Eigeninteresse und Solidarität. Oft werden gerade jene Technologien, die Sicherheit gewährleisten sollen, zur Quelle neuer Bedrohungen“* (SW 238).

Präventive Sicherheitspolitik durch Gerechtigkeit, Respekt, Dialog, Gewaltlosigkeit, Abrüstung

Um gewaltfreier zu werden, müssen wir Privilegien abbauen und das Recht der Ärmern auf mehr Sicherheit anerkennen. Ein neuer Aufrüstungsschub der reichen westlichen Staaten mit ihrer schon jetzt enormen Hightech-Bewaffnung, Raketen und Atomwaffen ist als Folge des Ukrainekriegs abzulehnen und hätte arge ökologische Folgen. *„Die Bibel betont, dass politische Macht ihre Legitimität nicht aus militärischer Stärke, sondern aus dem Maß an verwirklichter Gerechtigkeit erhält“* (SW 239). Manche möchten dem Krieg schnell ein Ende bereiten, aber das geht nicht. Schnell sind Bomben und Explosionen, Respekt und Dialog sind langsam. Unsere

Sicherheit wird nur dann größer – auch wenn wir den Krieg in der Ukraine nicht verhindern können – wenn wir einen Frieden für die Zeit nach diesem Krieg planen und vorbereiten. Je früher damit begonnen wird, desto eher besteht die Chance auf Frieden. So ist es oft: wenn der Krieg ausbricht, ist es zu spät, das zu tun, was ihn hätte verhindern können. Aber man kann jetzt beginnen, den nächsten Krieg zu verhindern, und dabei vielleicht sogar den aktuellen verkürzen.

Neutralität nützen für Sicherheit und Gerechtigkeit

Wir müssen anerkennen, dass Notwehr und Nothilfe manchmal einfach unabdingbar sind, wenn überfallsartig Gewalt geschieht. Allerdings ist wichtiger, vorzubereiten, dass das nicht geschieht. Hierauf verwenden wir zu wenig, auf das andere zu viel Energie. *„Die Kirchen fordern Österreich als neutrales Mitglied der Europäischen Union dazu auf, sich für eine Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen, die auf klaren ethischen und völkerrechtlichen Prinzipien gründet“* (SW 259). Hier sind zwei Themen zu sehen: das Bekenntnis zur gemeinsamen Sicherheit mit der EU sowie ein Neutralitätsbild, nicht um uns herauszuhalten, sondern um uns einzusetzen für mehr Gerechtigkeit. Es ist legitim, sich gegen militärische Angriffe zu verteidigen, und es ist notwendig, die Demokratie z.B. gegen den russischen Despotismus zu schützen.

Österreichs Neutralität als aktiven Beitrag zur Friedenspolitik verstehen und leben

Österreichs Neutralität ist kein Selbstzweck und man muss zugeben, dass sie 2022 anders gesehen werden kann als 1955. Das bedeutet aber nicht ihr Ende. In der Politik ist nichts immerwährend. Aber statt einer Abschaffung der Neutralität könnten wir ihre Hinaufhebung auf ein größeres, europäisches Friedensprojekt betreiben. Wenn wir für gemeinsame europäische Sicherheit eintreten, soll diese so gestaltet werden, dass sie nicht Kriege führt, Rohstoffquellen für unsere Verschwendung (etwa in Afrika) verteidigt, sondern konfliktdämpfend, versöhnend im Rahmen des Völkerrechtes (z.B. mit der UNO und nicht gegen sie) wirkt. Das schließt nicht das Recht der EU auf gemeinsame militärische Selbstverteidigung aus.

Konfliktlösung mit der UNO

Unsere Neutralität impliziert, der NATO nicht anzugehören, aber an europäischer Sicherheit aktiv mitzuwirken. Keine Feindschaft zu Russland, aber auch keine zur NATO. *„Die Kirchen treten dafür ein, die Rolle der UNO in der internationalen Friedenspolitik und im weltweiten Krisenmanagement zu stärken. Die UNO hat die stärkste völkerrechtliche Legitimation für Maßnahmen der Friedensschaffung und der Schlichtung großer internationaler Krisen – in denen im Extremfall auch Militär zum Einsatz kommen kann. Diese Fälle müssen jedoch sorgfältig geprüft und nur nach Völkerrecht und unter UN-Leitung entschieden und durchgeführt werden“* (SW 260).

Keinen neuen Nationalismus. Solidarität mit Opfern, nicht Hass und Feindschaft

Russland umgibt sich mit Vasallenstaaten, die mit Panzern, Artillerie und Raketen gegen die eigene Bevölkerung dafür sorgen, dass der größte Flächenstaat der Erde abgeschirmt wird. Tschetschenien, Kasachstan, Belarus warnen das ukrainische Volk: Präsident Putin will frühere Herrschaftsbereiche russischer Despoten erobern. Wir verurteilen den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es ist wie David gegen Goliath. Wir müssen aber bedenken: die Ukraine ist nicht NATO-Mitglied und kann nicht fordern, dass andere Staaten mit Waffen für sie kämpfen. Russland und die Ukraine haben post-sowjetische Demokratiedefizite und reiche Oligarchen anstatt einer gerechten, sozialen Wirtschaft. Es muss aufhören, dass Russland und europäische NATO-Staaten Atomwaffen androhen. Das Volk soll nicht unser Feind sein. In Russland und Belarus brauchen Opfer der Diktatur unsere Solidarität ebenso wie Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Wir wollen keinen Nationalismus oder Hass gegen das russische Volk unterstützen: z.B. sollten wir Künstler*innen auch jetzt einladen und Partnerschaften zu russischen Universitäten pflegen (außer wenn diese in Putins Propagandamaschine verstrickt sind). Die Ukraine muss ihren Status selbst definieren: neutral, NATO, EU oder was auch immer. Weder Russland noch die USA dürfen das diktieren. Ein EU-Beitritt würde aber zur ökonomischen Angleichung viel Zeit benötigen, außerdem die Zustimmung aller EU-Staaten. Falls man der Ukraine vorwirft, z.B. im Donbass die Menschenrechte zu verletzen, wären internationale Institutionen (Europarat, UN, OSZE) zuständig, nicht Russland, das eine eigene Agenda verfolgt, freilich auch nicht USA oder EU.

2. Urteilen

Friedenssuche

Als Christ*innen sind wir leider keine Vorbilder der Gewaltlosigkeit und können diese nicht von anderen Menschen fordern. Wir sind überfordert, aber wir wissen, dass die Gewaltlosigkeit eigentlich das Richtige ist. Gewaltlosigkeit muss mühsam gesucht und entwickelt werden, sie darf aber legitime Verteidigung tolerieren – ähnlich wie Mahatma Gandhi den bewaffneten Widerstand Polens gegen das Deutsche Reich 1939 als „fast gewaltlos“ bezeichnete. Gandhi vertrat eine ethische Dreistufigkeit: das beste sei das gewaltlose Engagement für Gerechtigkeit, das zweite sei (wenn man keine andere Möglichkeit sehen könne) der eigene Einsatz für Gerechtigkeit inklusive Gewalt. Das Allerschlechteste sei Passivität oder Nicht-Engagement.

Aus Fehlern lernen

Wer keinen Weg zur gewaltfreien Lösung eines Konfliktes vorzeigen kann, ist moralisch nicht berechtigt, über den bewaffneten Einsatz für Gerechtigkeit, zur Selbstverteidigung oder Nothilfe für andere zu urteilen. Wohl aber darf man die Situation analysieren und Fehler der Vergangenheit sehen, die zum Krieg beigetragen haben. Wir können aus Fehlern lernen, auch selbstkritisch.

Im Fall des Ukraine-Krieges bedeutet das: das reiche Westeuropa trägt am Krieg Mitschuld, indem es seit Jahren immense Mengen an Ressourcen (z.B. Gas und Öl) aus dem russischen und

auch (!) aus dem ukrainischen Oligarchenkapitalismus kauft, sogar Atomstrom! Zur Schwächung der Ukraine wurden für Russland zwei Umgehungspipelines durch die Ostsee mit europäischen Finanzmitteln gebaut. Wer sich so verhält, ist in seinen späteren Treueschwüren zur Ukraine unglaubwürdig. Das Geschäft mit der Ausbeutung von Bodenschätzen steigerte unseren CO₂-Ausstoß und hielt die unterentwickelte russische und ukrainische Wirtschaft auf dem Niveau der UdSSR fest: wenig neue Technologie, wenig eigene Wertschöpfung, daher hohe Armut und Ablieferung der Rohstoffe an die reichen Nachbarn. Es gibt derzeit keine Möglichkeit für Westeuropa, moralisch ganz sauber zu bleiben.

**Klimagerechtigkeit:
Sparsamer Energieverbrauch, Energiewende.
Fröhliche Genügsamkeit**

In Österreich werden noch heute Wohnungen mit Gasheizungen neu ausgestattet (2021: 47.000 neue Anlagen), neue Autobahnen gebaut und die Klimaziele grob verfehlt. Dabei hätten die reichen Staaten Europas enorme Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung, sparsamer mit Energie umzugehen, Wind, Holz und Sonne als Energieträger auszubauen und Russland sowie die Ukraine zu unterstützen, sich von der zerstörerischen Gas- und Ölwirtschaft zu befreien. Wir dürfen Sicherheit und Frieden nicht naiv und losgelöst von Wirtschaft und Gerechtigkeit betrachten – und auch nicht von der katastrophalen Zerstörung der Ökologie durch den Klimawandel.

Sicherheit durch Friedenspolitik durch Abrüstung

Moralisch unaufrichtig ist es, wenn Westeuropa einerseits dem Schein nach seine Handelsbeziehungen zu Russland kappt, den Schaden und die ökonomische Verarmung Russlands genüsslich öffentlich ins Bild setzt, und gleichzeitig heimlich Zahlungswege aufrechterhält, die uns das russische Öl und Gas verschaffen.

Wer für den Frieden eintritt, mag in einer bestimmten Situation moralisch überfordert, ratlos oder verzweifelt sein. Auch in diesem Text können nicht alle Probleme gelöst werden. Es bleibt Trauer und Sorge um die Zukunft. Aber wenn wir uns für einen gerechten Frieden wenigstens einsetzen wollen, muss ein positives Bild davon existieren, wie Westeuropa in eine gute Nachbarschaft zu einem friedlicheren Russland und anderen Nachbarländern wie Belarus, Moldawien, Ukraine ... treten will. In diesem positiven Bild sollte es gute wirtschaftliche Zusammenarbeit geben, aber möglichst ohne Öl und Gas. Russland benötigt ebenso wie die wirtschaftlich abhängige Ukraine westliches Knowhow, um nicht – nach Ende des Gasgeschäftes – in eine unwürdige Abhängigkeit zu geraten. Das Angebot Westeuropas muss eine Entwicklungsmöglichkeit für alle Beteiligten beinhalten. Eine gerechte Ökonomie muss die Basis guter Nachbarschaft bzw. des künftigen Friedens sein.

3. Handeln

Kleine Schritte der Besserung

Wo die Not groß ist, da fehlen auch nicht Unvernunft und Vorurteile: Schnell finden sich fanatische Kräfte (z.B. in der orthodoxen Kirche Russlands, in identitären und rechtspopulistischen Bewegungen), die Gewalt mit scheinbar höheren oder religiösen Motiven befürworten und befeuern. *„Der Missbrauch von Religion und religiösen Gefühlen für die Zwecke politischer Macht ist vor allem dort erfolgreich, wo wirtschaftliche Not, Unterdrückung und Mangel an Bildung und Information den Menschen keine Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lebensumstände geben“* (SW 245). Hass gegen Russ*innen, Ablehnung des orthodoxen Glaubens ist mit dem Evangelium ebenso unvereinbar wie antijüdische oder antiislamische Vorurteile. Krieg, Unrecht und Gewalt soll uns Menschen Europas nie mehr dazu verleiten, ein Volk, eine Kultur, eine Nation oder Gruppen wie Protestant*innen oder Kärntner Slowen*innen abzuqualifizieren. Wir müssen, schon wegen der Klimarettung, mit allen Menschen und Völkern Frieden schließen wollen.

**Friedensarbeit professionell aufbauen,
aktive zivile Versöhnungspolitik stärken**

Österreich kann und soll präventive Konfliktbearbeitung, Friedensarbeit professionell aufbauen und diese der EU als Instrumente kollektiver Sicherheit anbieten. Das bedeutet, dass die Neutralitätspolitik aktive Beiträge zur Verhinderung künftiger

Kriege, Gedenkdienste zur Aufarbeitung erlittenen Unrechts und Leides leisten soll. Aufnahme Geflüchteter, Traumabearbeitung mit Kriegsoffern, Friedenserziehung in der Schule und außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sind wesentliche Beiträge dazu. Wir werden sehen, dass nicht nur das neutrale Österreich solche Dinge entwickelt, sondern auch andere. *„Die Kirchen fordern die Bundesregierung auf, den Einsatz für die zivile Versöhnungsarbeit zu verstärken. Der Friedensdienst soll als Projekt gemeinsam mit den Kirchen und anderen Nicht-Regierungs-Organisationen entwickelt und international zur Verfügung gestellt werden“* (SW 257). Wir sind widersprüchlich: 2022 helfen wir spontan Ukrainer*innen, aber gerade eben waren wir noch grausam und unbarmherzig gegen andere Flüchtlinge auf den griechischen Inseln. Besser wäre es, eine kontinuierliche Solidarität zu entwickeln.

Kommunikationsmedien nützen

Eine herausragende Bedeutung kommt Social Media und Massenmedien zu, die einerseits Verständigung und Dialog herstellen können, leider heute aber oft Hassbotschaften vervielfachen, böartige Vorurteile verbreiten und Hetzer*innen eine Bühne für Millionen bieten. Wenn es nicht gelingt, dies durch das Bemühen der Nutzer*innen zu entschärfen, werden wir drastische gesetzliche Einschränkungen nötig haben, um die Demokratie zu retten. Kommunikationsmedien, Schule, Kirchen, soziale Begegnungsstellen müssen Lernorte der Demokratie, des Dialoges, der Toleranz, der Konfliktkultur und der aktiven Versöhnungsarbeit werden.

Lernorte der Demokratie schaffen.
Der Weg zum Frieden durch Gerechtigkeit,
gemeinsame Klimarettung, Bildung, Abrüstung

Es bleibt immer notwendig, der Aufrüstung entgegenzutreten, von der das Zweite Vatikanische Konzil sagte: „*Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen*“ (Gaudium et Spes 81).

Aufrüstung ist eine Sünde, sie vergeudet die Mittel, die zur Beseitigung des Hungers nötig sind. Die Produktion und der Einsatz von Waffen und Munition sind äußerst umweltzerstörend. Das Ökumenische Sozialwort hebt hervor: „*Christinnen und Christen setzen sich öffentlich für friedensfördernde und kriegsverhindernde Maßnahmen ein, so für die Anti-Landminen-Kampagne, gegen die Produktion, die Verbreitung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten, für die Ächtung von Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe, für die Förderung der Friedens- und Gedenkdienste*“ (SW 252).

Das ist ein notwendiges Engagement gegen Krieg. Ihm muss aber ein ökonomischer, ökologischer Boden gelegt werden: die Arbeit an einer gerechteren Wirtschaft, die nicht naturzerstörend ist. Der Ukraine-Krieg weist uns überdeutlich auf den Zusammenhang hin. Wie auch immer das Engagement aussieht, vom militärischen Einsatz bis zur Flüchtlingsversorgung: Ziel muss sein, russische und ukrainische Menschen als Brüder und Schwestern zu betrachten, ihr Leid zu lindern und ihnen eine wirtschaftlich gute Nachbarschaft und eine friedliche Zukunft anzubieten.

Juni 2022

Katholische Aktion Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien
www.kaoe.at